EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

9.11.2006 PE 380.864v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-24

Entwurf eines Entschließungsantrags **(PE 380.706v01-00)**
Jean-Marie Cavada
zu den Fortschritten der EU bei der Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Artikel 2 und 39 des EU-Vertrags)

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 1
Erwägung A

A. *Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 2
Erwägung A

A. in der Erwägung, dass das Bedürfnis der europäischen Bürger nach mehr Freiheit, Sicherheit und Recht in der Union im Zeitalter der Globalisierung immer stärker wird in einer Welt, in der es ständig Krisen und Spannungen gibt, in der das wirtschaftliche Gefälle immer mehr zunimmt ***(Streichung)***, in der es zu ideologischen und kulturellen Konfrontationen kommt, die eine steigende Zahl von Menschen betreffen, und in der es Bedrohungen ungeahnter Tragweite durch Terroristen gibt,

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 3
Erwägung A a (neu)

Aa. ***in der Erwägung, dass die Europäische Union sieben Jahre nach den Schlussfolgerungen von Tampere keine kohärente Einwanderungspolitik hat und dass vor allem eine Politik für die legale Zuwanderung fehlt,***

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 4
Erwägung B a (neu)

Ba. ***im Bedauern über die Praxis des Verwaltungsgewahrsams für illegale Einwanderer und die vorgeschlagenen europäischen Rechtsvorschriften, mit denen diese geregelt werden soll,***

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 5
Erwägung E

E. unter Hinweis darauf, dass noch heute die Tatsache, dass eine Vielzahl von Rechtsgrundlagen für ein einziges politisches Ziel, die Zunahme der Konflikte und der Rechtsmittel zur Einschränkung der Tragweite der Befugnisse der Institutionen, die Einstimmigkeitsregel und vor allem das Fehlen einer echten demokratischen und gerichtlichen Kontrolle dazu führen, dass die derzeitige Situation der politischen Umsetzung des dritten Pfeilers nur in sehr geringem Maße im Einklang steht mit der Achtung der ***(Streichung)*** Grundsätze der EU, auf die sie sich erklärtermaßen stützt (Artikel 6 VEU),

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 6
Erwägung E a (neu)

Ea. ***warnend vor den Risiken, sich außerhalb des Rahmens der europäischen Verträge mit Themen zu befassen, die bereits Gegenstand von Vorschlägen seitens der europäischen Institutionen sind; in der Hoffnung, dass eine offene Debatte auf der***

Grundlage der loyalen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen und unter Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente über die Aufnahme des Vertrags von Prüm in den Gemeinschaftsvertrag eingeleitet wird, damit das Europäische Parlament eine demokratische Kontrolle ausüben kann,

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 7
Erwägung H

H. in der Überzeugung, dass die Aktivierung der in Artikel 67 EGV und 42 VEU vorgesehenen „Passerelle"-Regeln nicht nur der derzeitigen verfassungsrechtlichen Situation entspricht, sondern auch mit der künftigen verfassungsrechtlichen Situation kompatibel ist, und dass der Rat diese daher auch gemäß Artikel 18 des Wiener Übereinkommens aktivieren sollte, der die ***Verpflichtung enthält, „Ziel und Zweck eines Vertrags vor seinem Inkrafttreten nicht zu vereiteln",***

Or. fr

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 8
Erwägung L a (neu)

La. in der Erwägung, dass die neuen Mitgliedstaaten, die die Kriterien von Schengen erfüllen und in der Lage sind, dem System beizutreten, nicht ungerechtfertigterweise für erhebliche Verzögerungen bei der Umsetzung des SIS II (Schengener Informationssystem der zweiten Generation) bestraft werden dürfen,

Or. pt

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 9
Erwägung L b (neu)

Lb. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament große Schnelligkeit und Kompromissbereitschaft an den Tag gelegt hat, als es in erster Lesung eine Einigung über die drei Legislativtexte erzielt hat, die das Paket über die Rechtsgrundlage von SIS II ausmachen,

Or. pt

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 10
Ziffer 3a (neu)

3a. fordert den Rat auf, dem Europäischen Parlament so bald wie möglich die Linie vorzulegen, die es im Zusammenhang mit dem Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, einzuschlagen gedenkt; warnt vor der Gefahr, diesen Vorschlag seiner Substanz zu berauben und erinnert an die Zusagen des Rates, was die politische Einbeziehung des EP bei der Annahme dieses Rahmenbeschlusses betrifft;

Or. fr

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 11
Ziffer -4 (neu)

-4. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, jährlich einen Bericht über die Tätigkeiten der Gruppe der für die Grundrechte zuständigen Kommissionsmitglieder zu veröffentlichen; fordert die Kommission ebenfalls nachdrücklich auf, so bald wie möglich einen Überblick über die von der oben genannten Gruppe in den letzten zweieinhalb Jahren durchgeführten Tätigkeiten und Beschlüsse vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 12
Ziffer 4a (neu)

4a. bedauert, dass der Rat fünf Jahre nach dem Europäischen Rat von Tampere und trotz der zahlreichen Appelle des Parlaments noch immer nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Einwanderungspolitik festzulegen, und stattdessen am Verfahren der Konsultation für alle Fragen im Zusammenhang mit der legalen Einwanderung festbehält;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 13
Ziffer 5

5. wiederholt die Forderung, auf EU-Ebene eine gewisse Kohärenz bei den legislativen Befugnissen aufrechtzuerhalten, indem zum Beispiel vorgesehen wird, dass die Rechtsvorschriften über die Einwanderung sich nicht nur auf die illegale Einwanderung beschränken, sondern auch die legale Einwanderung ***(Streichung)*** abdecken ***(Streichung);***

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 14
Ziffer 5

5. wiederholt die Forderung, auf EU-Ebene eine gewisse Kohärenz bei den legislativen Befugnissen aufrechtzuerhalten, indem zum Beispiel vorgesehen wird, dass die Rechtsvorschriften über die Einwanderung sich nicht nur auf die illegale Einwanderung beschränken, sondern auch die legale Einwanderung ***(Streichung)*** abdecken ***(Streichung);***

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 15
Ziffer 5 a (neu)

5a. ist, was das Interimsabkommen über Fluggastdaten (PNR) mit den Vereinigten Staaten betrifft, tief besorgt über das Schreiben der USA, in welchem diese das Abkommen auslegen, und das zeigt, dass die Auslegung durch die Behörden der Vereinigten Staaten weit über den Inhalt des Abkommens hinausgeht, insbesondere in Bezug auf den Zweck des Abkommens, den Zugang der Agenturen und Organe der USA zu den PNR-Daten und die Zahl der Datenfelder, die eingesehen werden können;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 16
Ziffer 5 b (neu)

5b. weist erneut darauf hin, dass Rechtsvorschriften über eine Politik im Bereich der legalen Einwanderung vorrangig gemeinsame Kriterien für die Einreise in das Hoheitsgebiet der Europäischen Union und ein gemeinsames Vorgehen bei der Integration von Drittstaatangehörigen enthalten müssen;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 17
Ziffer 5 c (neu)

5c. fordert den Rat mit Nachdruck auf, den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über bestimmte Verfahrensrechte in Strafverfahren innerhalb der Europäischen Union (KOM (2004)0328) unverzüglich anzunehmen und in diesem Zusammenhang den Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 12.4.2005 (T6-0091/2005) gebührend zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 18
Ziffer 5 d (neu)

5d. fordert die Kommission auf, die Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf abzuändern, um deren Anwendungsbereich auf die von der Richtlinie 2000/437/EG über die Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft abgedeckten Bereiche auszuweiten;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 19
Ziffer 6

6. ***stimmt dem Ziel zu, den*** Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, wie in Tampere 1999 vorgesehen, ***so umfassend wie möglich anzuwenden und gleichzeitig mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass gewährleistet werden muss, dass diese Anwendung die Menschenrechte und Grundfreiheiten des Einzelnen nicht untergräbt; fordert die Kommission und den Rat auf, auch auf der Grundlage der Rechtsprechung und der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte betreffend die Mitgliedstaaten der EU sorgfältig zu prüfen, ob die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung negative Auswirkungen haben, zu niedrigeren europäischen Standards führen oder die Menschenrechte in bestimmten Bereichen oder Mitgliedstaaten verletzen könnte, und Maßnahmen zur Verbesserung der wichtigen Situationen vorzuschlagen (z.B. im Bereich des fairen Verfahrens oder der Rechte der Häftlinge), in denen eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften noch notwendig wäre, um die Menschenrechte und Grundfreiheiten noch besser zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 20
Ziffer 8 Unterabsatz b

8b. entfällt

Or. es

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 21
Ziffer 9 Unterabsatz a

9 a) *Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

Or. es

Änderungsantrag von Carlos Coelho

Änderungsantrag 22
Ziffer 9 b (neu)

9b. ***fordert die Kommission auf, sich zu verpflichten, den Prozess der Umsetzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation zu beschleunigen, das Europäische Parlament über die Entwicklung des Prozesses zu unterrichten und die Begründungen für die Verzögerungen vorzulegen, die bereits festgestellt wurden sowie für die Verzögerungen, die in Zukunft möglicherweise festgestellt werden;***

Or. pt

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 23
Ziffer 10 b (neu)

10b. ***ist zutiefst enttäuscht über die zurückhaltende und passive Haltung der Kommission, wenn es um den Schutz und die Förderung der Grundrechte geht; weist darauf hin, dass das Europäische Parlament dieser Kommission seine Zustimmung nur unter der Bedingung erteilt hat, dass sie die Förderung und den Schutz der Grundrechte zu einer Priorität machen würde;***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 24
Ziffer 10 c (neu)

10c. ***bedauert, dass die Kommission den Empfehlungen des Europäischen Parlaments bisher keine Maßnahmen hat folgen lassen, insbesondere in Bezug auf eine horizontale Richtlinie gegen Diskriminierung und zur Anerkennung der Eheschließung oder der eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare;***

Or. en